

# Wirtschaft



## US-Immobilien

Der amerikanische Häusermarkt liegt immer noch brach. 19

# Für deutsche Schwarzgeld-Inhaber wird die Luft dünn

Deutsche, die in der Schweiz Schwarzgeld lagern, sind in der Zwickmühle. Entweder zahlen sie für die Legalisierung ihres Geldes einen hohen Preis, oder sie verschwinden. Doch abhauen ist schwierig.

### Arthur Rutishauser und Bruno Schletti

Weder die beiden Grossbanken noch Clariden Leu wollen sich zur Frage äussern, ob deutsche Kunden versuchen, wegen der drohenden Abgabe auf ungesteuerte Vermögen Gelder abzuziehen. Die Bank Vontobel meldet: «Wir stellen derzeit noch keinen verstärkten Abfluss von Kundengeldern fest.» Bei Julius Bär klingt es ähnlich: «Wir stellen bisher keine signifikanten Änderungen fest.» Bär-Sprecher Martin Somogyi ergänzt: «Ein Grossteil unserer deutschen Kunden hat zudem keinen Grund, ihre Vermögen zu verlagern, weil sie ordentlich versteuert sind.»

Man gewinnt ohnehin den Eindruck, dass der Schweizer Bankenplatz weisser nicht strahlen könnte. Julius Bär rät den Kunden «grundsätzlich zur Steuerehrlichkeit». Vontobel empfiehlt «derzeit nur die Selbstanzeige». Die UBS «informiert ihre Kunden sachlich über die bekannten Fakten». Clariden Leu hat «keinerlei Interesse», den mit Deutschland anvisierten Staatsvertrag «in irgendwelcher Weise zu unterlaufen». Ähnliches hört man aus dem Haus Credit Suisse.

Es ist offensichtlich: Die Schweizer Banken haben alles Interesse daran, den Verhandlungsprozess mit Deutschland nicht zu stören – zumal der Nachbar auf den Schweizer Vorschlag der Abgeltungssteuer eingeschwenkt ist und damit der verpönte automatische Informationsaustausch in Steuerfragen vom Tisch ist.

### Geldtransfer wird schwierig

Dennoch ist klar: Die grundsätzliche Einigung, welche die Finanzminister Hans-Rudolf Merz und Wolfgang Schäuble über die Besteuerung deutscher Guthaben auf Schweizer Banken erzielt haben, setzt die Inhaber schwarzer Konten massiv unter Druck. Wer nicht sowieso schon längst auf das Absehbare reagiert hat, muss jetzt entscheiden, ob er sich bei den deutschen Behörden anzeigen oder ob er sein Geld in eine andere Weltgegend verschieben will.

Letzteres lässt sich aber einfacher denken als umsetzen. «Bei einem Konto in Schweizer Franken kostet der Übertrag 25 Franken», sagt Dominique Gerster von der UBS. Also alles ganz einfach und billig? Weit gefehlt. «Bei einem Konto- oder Depotübertrag in ein anderes Land wird jeder Kunde von der Bank als Neukunde betrachtet», sagt Gerster. Damit kommen alle Fragen der Geldwäschereiverordnung auf den Tisch: Wem gehört das Geld? Wie wurde es verdient? Die Prüfung braucht viel Zeit, und es fallen Zusatzkosten an. «Bei einem Übertrag eines Wertschriftendepots oder eines Kontos von der Schweiz in ein anderes Land fallen 100 bis 200 Franken pro Position an», sagt Gerster.

Entscheidend aber ist der folgende Satz: «Der Ethik-Kodex der UBS besagt, dass die Bank Kunden keine Unterstützung bei Handlungen bietet, die der Umgehung ihrer Steuerpflichten dienen.» Und das ist der Fall, wenn es keine realwirtschaftliche Begründung für die Verschiebung der Gelder gibt. Bei der CS verweist Sprecher Marc Dosch auf die schon wiederholt gemachte Aussage, wonach die Bank nicht bei der Umge-



Hier der Wohnsitz, dort das Geld: Blick vom deutschen Feldberg (vorne) auf die Schweizer Alpen. Foto: Rolf Haid (Keystone)

hung der Steuerpflicht helfen will. Sie schickt die Kunden zu einem externen Steuerberater, wenn diese ein Steuerproblem haben.

### Gentlemen's Agreement in Asien

In der Praxis bedeutet das, so ist aus Grossbankenkreisen übereinstimmend zu hören, dass im Moment kein Geld nach Singapur verschoben werden kann, es sei denn, man könne ganz genau begründen, dass man das aus zwingenden Gründen tun muss. Auch gibt es eine Art Gentlemen's Agreement, dass die CS in Singapur oder Hongkong kein Konto für einen UBS-Kunden eröffnet und umgekehrt, sofern der Verdacht besteht, die Transaktion habe einen steuerlichen

Hintergrund. Genau gleich wird dies bei den meisten Privatbanken gehandhabt.

Der Verwaltungsrat der Bankvereinigung hat zwei klare Zielvorgaben definiert: Konzentration auf versteuerte Gelder und keine aktive Beratung zur Umgehung von Steuern. «Das ist nicht nur Buchstabe», sagt Sprecher Thomas Sutter. «Wir wollen das ganz klar umsetzen. Und wir erwarten von den Schweizer Banken, dass sie es umsetzen.»

Im Umfeld der Schweizer Verhandlungsdelegation könnte man sich ein noch verbindlicheres Engagement der Banken vorstellen. «Die Banken könnten sich verpflichten, Kunden nicht zum Umlagern von Geld anzuhalten», sagt ein Mann im Bundeshaus. Eine solche

Selbstregulierungsmassnahme würde man prüfen, heisst es dazu bei der UBS. Auch bei Julius Bär reagiert man offen auf die Idee einer Verpflichtung: «Ein einheitliches Vorgehen in dieser Beziehung macht durchaus Sinn.»

Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), will die Information nicht bestätigen, dass Deutschland von der Schweiz die Namen jener deutschen Bankkunden ausgehändigt bekommen wollte, die Gelder in andere Länder verschoben. Beide Seiten seien sich aber der Problematik der «Verschwinder» bewusst. «Wir werden Lösungen suchen, die möglichst wenig Anreize bieten, Geld in Drittländern zu platzieren.»

Erleichterte Amtshilfe in Steuersachen

## Politiker warnen vor weicher Linie gegenüber Deutschland

Der Bund will Deutschland und Grossbritannien offener Auskunft geben bei Steuern. Finanzpolitiker befürchten massive Konsequenzen.

### Andreas Flütsch und Arthur Rutishauser

«So wie das jetzt scheinbar angedacht ist, könnte die deutsche Autobahnpolizei einfach die Autonomern von Bürgern notieren, die in die Schweiz fahren, und ein Amtshilfesuch einreichen», warnt Hans-Peter Portmann, Zürcher FDP-Kantonsrat und Direktor der Liechtensteiner LGT Bank in Zürich.

Als Finanzpolitiker macht Portmann sich Sorgen, dass die erleichterte Amtshilfe, die die Schweiz Deutschland und Grossbritannien gewähren will, eine Flut von Auskunftsbegehlen auslösen könnte. Denn als Preis dafür, dass sich die beiden Länder auf eine Legalisierung in der Schweiz liegender ungesteuerter Gelder einlassen und für die Zukunft eine Abgeltungssteuer akzeptieren, bietet die Schweiz eine viel offen-

herzigere Informationspolitik an. Laut den Vereinbarungen, die die Basis für Verhandlungen 2011 bilden, soll in Zukunft der Name des Bankkunden genügen, damit die Schweiz Auskunft geben muss, ob dieser in der Schweiz Konten hat. Der Name der Bank dagegen muss «nicht zwingend» genannt werden. Bis jetzt galt als eiserne Regel: ohne Bankname keine Schweizer Amtshilfe.

### Schwammige Formulierungen

Wenn die Schweiz diese Aufweichung hinnehme, gehe sie «über Artikel 26 OECD hinaus und schränkt das Bankgeheimnis im Verhältnis zu Deutschland und England massiv ein», sagt Pirmin Bischof, CVP-Nationalrat und Mitglied der Wirtschaftskommission WAK. Das wecke Begehrlichkeiten: «Wenn die Schweiz hier nachgibt, werden andere Staaten sofort auf gleich lange Spiesse pochen.»

Gefährlich seien zudem «schwammige Formulierungen» in den Erklärungen mit Deutschland und England. «Da steht, Anfragen 'müssen begründet sein' oder 'einen plausiblen Anlass' haben», sagt Bischof: «Hier besteht die Gefahr, dass die Schweiz in fast jedem Fall Aus-

kunft geben müsste, was nicht tolerabel ist.» Es müsse in jedem Fall ein konkreter, begründeter Anfangsverdacht vorliegen. Hier setzt auch SVP-Vizepräsident Christoph Blocher an: «Für mich ist entscheidend, dass klare Bestimmungen geschaffen werden, was genau ein begründeter Anfangsverdacht ist.»

Alle drei begrüssen zwar, dass der Bund den Steuerstreit auf dem Verhandlungsweg lösen will. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass die Schweiz in der Amtshilfe die Schleusen aufmache. «Auskunft darf auch in Zukunft nur erteilt werden, wenn der ersuchende Staat im Minimum den Namen des Bankkunden und den Banknamen nennen kann, und einen begründeten Anfangsverdacht formuliert», sagt Bischof: Er warte vom Bundesrat eine Erklärung, dass er nicht über den neuen, weltweiten Standard der OECD hinausgehe.

Misstrauisch macht Finanzpolitiker zudem, dass im gestern publizierten Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich der Name der Bank in Amtshilfesuchen nur «sofern bekannt» genannt werden muss. Auch die «Kontonummer» ist kein Erfordernis mehr.

Anzeige

## Garagentore Fertigaragen Autounterstände

www.alltechnik.ch

Tel. 031 972 972 0



## Kurz

### Coop und Migros sind profitabler

Die beiden Schweizer Grossvertrieber haben laut einer Studie der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers unter Detailhändlern europaweit die höchsten Bruttomargen. Bei der Migros sind es 37%, bei Coop 33,1%. Europäische Händler wie die britischen Sainsbury (20,1%) und Tesco (21,7%) oder die deutschen Edeka (14,5%) und Rewe (25,7%) lägen weit unter diesem Wert. Ähnlich hoch wie bei Coop und der Migros lag die Bruttomarge bei der französischen Casino (33,7%).

### G-20 zeichnen Schweizer Firmen aus

Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) haben die beiden Schweizer Unternehmen Responsibility und Sifem für ihre innovative Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgezeichnet. Aus über 300 Bewerbern aus 75 Ländern werden die 14 nachhaltigsten Lösungen prämiert.

### AIG mit Milliardenverlust

Der in der Finanzkrise fast kollabierte US-Versicherer machte im 3. Quartal 2,4 Mrd. Dollar Verlust nach 455 Mio. Gewinn vor einem Jahr.

### Weniger Arbeitslose in den USA

Im Oktober lag die Arbeitslosenquote unverändert bei 9,6%. 151 000 Stellen wurden neu geschaffen, das erste Plus seit Mai. Experten hatten nur 60 000 neue Stellen erwartet. (sda/bwi)

## Die Frage



## Gegen wen kämpften die ersten Kurierdienste?

Kurierdienste sind kein junges Gewerbe. Abgesehen von Vorläufern im Mittelalter, hatten sie ihre erste Blütezeit im Amerika der Gründerjahre. Eine ganze Reihe von Unternehmen beförderte mit Ross und Wagen Post, Dokumente und Geld für die Pioniere quer durch den Kontinent. Während vom Pony Express nur der legendäre Name übrig blieb, sind American Express oder Wells Fargo heute Grössen der Finanzwelt. Im 19. Jahrhundert bekämpften sich zahlreiche Kurierdienste – und machten vor allem im Bürgerkrieg (1861-1865) glänzende Geschäfte. Als die Post sich im Geldverkehr betätigte und die Telegrafverbindungen ausgebaut wurden, mussten sich die Kurierunternehmen neue Geschäftsfelder suchen. (jä)

Anzeige



## Stauffacher ist jetzt noch schöner!

Feiern Sie mit uns den frisch renovierten Stauffacher an der Neuengasse in Bern!

- Verlosung von Einkaufsrabatten bis zu 25% – jedes Los ein Treffer!
- Gratis Marroni und Glühwein auf unserer schönen Dachterrasse ab 10.30 Uhr (solange Vorrat)

Nur heute Samstag, 6.11.2010 – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Einkaufsrabatte bis 25% – jedes Los gewinnt! Nur heute!



STAUFFACHER  
DIE WELT DER  
BÜCHER & MULTIMEDIA  
stauffacher.ch